

Der Kampf um die Ueberfrucht

„Der Feind, den wir am tiefsten hassen, der uns umlagert schwarz und dicht, das ist der Unterstand der Massen...“ Millionenmal hat die Sozialdemokratie diesen berühmten Vers des alten Wahlrechtsliedes gesungen, nie aber war dieser Vers wahrer, als heute. Wie wäre es sonst denkbar, daß die Kommunisten in ihrem Kampf gegen das Ueberfruchtensabkommen auch nur vorübergehend die Kräfte eines Teiles der Arbeiter verwirren konnten. Wir betonen: vorübergehend; denn auch das große Geschrei der Massen über die Ablehnung der Ueberfruchtensabkommen im Waldburger Bergwerksvertrag ändert nichts an der Tatsache, daß im Kampf um die Ueberfruchtensabkommen morgen, übermorgen die Vernunft das Feld behauptet. Die volkswirtschaftliche Erkenntnis setzt sich durch. Immer mehr Arbeiter nehmen, wie die jüngsten Meldungen aus den Bergwerksbezirken betonen, das Ueberfruchtensabkommen an. Aus dem Ruhrgebiet wird berichtet, daß das Ueberfruchtensabkommen bereits zu 85 Prozent durchgeführt wird.

Ein Grund zur Entschuldigun hat jener Teil der Arbeiter, der bisher abgelehnt, für sich: die Kommunisten haben es sich ein Stück Geld kosten lassen, haben sich sogar in geistige Unkosten gestürzt, um das Ueberfruchtensabkommen zu vereiteln, um den Bergarbeitern vorzumachen, daß sie dumme Teufel seien, wenn sie dem Rat der Gewerkschaftsführer folgten. Die wirtschaftliche Rundschau der Massen hat sich jedoch drei volle Spalten, in denen ein „F. K.“ (fixer Kerl) Himmel und Hölle in Bewegung setzte, um das Ueberfruchtensabkommen herunterzureißen. Diese drei Spalten sind eine erschütternde Leistung — für einen Schwindler. So ziemlich jede festgestellte Tatsache wird auf den Kopf gestellt.

Deutschland führt Kohlen aus, also ist das Gerücht über den Kohlenmangel nur ein kapitalistischer Schwindel. Wie steht es mit dieser Kohlenausfuhr? Wir liefern Kohlen nach Holland, weil wir mit Holland das bekannteste Kreditabkommen geschlossen haben. Also eine Ausnahme, die auf Gegenseitigkeit beruht. Wir liefern Kohlen nach der Schweiz, weil einige Zehnen zum Ausbau ihrer Anlagen einige Millionen Schweizer Franc geliehen haben und nun aus dem Reizgewinn an Kohlen das Darlehen zurückbezahlen, statt das Kapital direkt zurückzuführen. Wir liefern Kohlen nach dem Saargebiet, weil die Arbeiter selbst die Beförderung der Kohlen nach dem Saargebiet mit deutscher Kohle wünschten. Wir liefern ferner Austauschkohle nach dem Saargebiet, weil man im Saargebiet Austauschkohle als eine bestimmte Qualität Kohle braucht. Also die Ausfuhr deutscher Kohle hat ein paar einfache und plausible Gründe.

Wir leiden in Deutschland an Kohlenmangel, weil wir vor allem den Ausfall an oberflächlicher Kohle haben. Bekanntlich ist das Eisenbahnsystem in Polnisch-Oberschlesien total verrotzt und die Polen sind neuerdings gezwungen, Feuerkraft zu machen. Um so notwendiger ist es, daß dann in Deutsch-Oberschlesien dieser Ausfall an Kohle durch Ueberfruchtens wieder wettgemacht wird.

Nicht nur die deutsche Eisenbahn, sondern auch die Industrie braucht englische Kohle, von der wir auch jetzt noch immer eine Million Tonnen im Monat brauchen. Wenn die Reichsbahndirektion besonders nach englischer Kohle gegriffen hat, dann deshalb, weil sie mit deutscher Kohle sich nur für drei Tage eindenken konnte. Die Eisenbahn braucht also deutsche Kohle, wie die Industrie sie braucht. Kohle oder Arbeitslosigkeit! Das ist die Alternative, vor der die deutsche Arbeiterklasse steht.

Wenn die staatlichen preussischen Bergwerke die kameradschaftliche Durchführung und den bürokratischen Schlenker ausrotten und nach kaufmännischen Gesichtspunkten arbeiten, so bedeutet das nicht Auslieferung der staatlichen Bergwerke an das Privatkapital. Im Gegenteil: diese Reformen liegen auf der Linie zur Sozialisierung, Oekonomisierung, Rationalisierung, Rentabilisierung — das sind doch nicht Dinge, die die Sozialisierung verhindern.

Aber warum keine Vermehrung der Verleugungen statt der Ueberfruchtens? Die Antwort ist einfach: wo sollen die neuen Verleugungen untergebracht werden? Es fehlen doch jetzt bereits 30 000 Wohnungen für die Bergleute in Rheinland-Westfalen. Sollen die Bergleute noch unhygienischer und gesundheitlicher in den vorhandenen Wohnungen zusammengepfercht werden? Und selbst wenn Wohnungsraum genug vorhanden wäre — nicht auf die ungelerten Arbeiter kommt es so sehr an — sie sind fast vermehrt worden —, sondern auf die geleerten Unterlagearbeiter. Die Häuser fehlen im Bergbau; es fehlen mindestens 150 000. Diese fallen aber nicht vom Himmel. Ihre Vermehrung geht nur langsam vor sich. Auch ein richtiger Bergmann muß etwas gelernt haben. Natürlich muß auch der technische Apparat im Bergbau verbessert werden. Aber auch hier lassen sich die Dinge nicht übers Knie brechen. Jedenfalls kann man nicht warten, bis durch technische Verbesserungen Wunder geschehen. Sofortige Hilfe ist not!

Das sehen auch die erprobten Bergleute, die gerechten und überlegenen Teile der Bergarbeiter, ein. Es sind zumeist die jugendlichen Arbeiter, die weil sie die Sachlage nicht übersehen, auf die kommunistischen Redensarten hereinfallen. Ein Teil dieser jugendlichen Arbeiter sieht übrigens im Verhältnis zu den älteren, erprobten und verheirateten Bergleuten in der Entlohnung so gut, daß er auf den Verdienst aus dem Ueberfruchtensabkommen anscheinend ruhig verzichten kann. Etwas mehr ausgleichende Gerechtigkeit und Billigkeit wäre hier sehr am Platze; dann hätte es das preussische Staatsministerium auch nicht nötig, sich darum zu sorgen, wie man die Gefahren des Alkoholismus von den jugendlichen Arbeitern fernhält. Man gebe den Haser dem Gaul, der ihn verdient, und der kommunistische Lärm gegen das Ueberfruchtensabkommen wird bald verstummen.

13 Millionen Zentner Gerste

Der Arbeiter-Abstinenzbund hat an den Reichsminister folgende offene Anfrage gerichtet:

Herr Reichsminister! Nach Zeitungsmeldungen haben Sie vor Vertretern der ausländischen Presse die Sicherung der Brotversorgung des Volkes als die wichtigste Aufgabe der Regierung bezeichnet. Sie erklärten: „Eist Brot für das Volk, dann Wiederherstellung...“ Aus Gründen reiner Menschlichkeit müssen wir unsern Volke das Brot sicherstellen, um zu verhindern, daß es in Hunger und Verzweiflung verfällt.“ Ist Ihnen bekannt, daß trotz den stets wachsenden Schwierigkeiten, aus dem Ausland genügend Getreide für die Brotversorgung zu erhalten, bauernd im Inland gewaltige Mengen Gerste zur Herstellung eines überflüssigen, ja schädlichen Genussmittels verwendet werden? Wissen Sie davon, daß im Rechnungsjahre 1921, nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes, in Deutschland 13 Millionen Zentner Gerste zu Bier vergoren worden sind?

Was gedenken Sie zur Beseitigung dieser unvernünftigen Verwendung wertvollen Brotgetreides zu tun? Die darbedenden Menschen erwarten eine schnelle Antwort.

Dazu schreibt der sozialdemokratische Parlamentsdienst: Die Anfrage der abstinenzgenossen ist durchaus berechtigt. Auch der Alkoholkonsument muß einsehen, daß erst die Brotversorgung des Volkes gesichert sein muß, ehe Getreide in Bier verwandelt werden darf. Die neue Verwendung der Getreide, betreffend die Einschränkung der Bierherstellung, ist gänzlich unzureichend, da dadurch nur eine ganz geringe Verminderung des Getreideverbrauchs erreicht wird.

Selbstverständlich muß dafür gesorgt werden, daß die durch die Einschränkung der Brauindustrie arbeitslos werden- den Arbeiter in ausreichender Weise unterstüzt und ihnen der Uebergang in andre Berufe möglichst erleichtert wird.

Gewerkschaftsbewegung

Betriebsräte in öffentlichen Betrieben

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter veranstaltete im Dezember v. J. eine Rundfrage, um die Anwendung des Betriebsrätegesetzes in den Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben zu ermitteln. Das Ergebnis dieser Untersuchung unterbreitet der Verbandsvorstand nunmehr unter dem Titel Die Betriebsräte in den Kommunal-, Staats- und Reichsbetrieben der Öffentlichkeit. Von 888 Filialen des Verbandes haben sich an der Umfrage beteiligt. Von 20 Antworten konnte nur ein Teil verwertet werden.

In 3656 Betrieben mit 306 520 beschäftigten Arbeitern und Angestellten wurden 10 807 Betriebsratsmitglieder, Obleute ufm. ermittelt. In 42 Betrieben gab es weder Betriebsräte noch Obleute. Es handelt sich hier um Kleinbetriebe, zum Teil ohne Voraussetzungen für die Wahl eines Betriebsrates. Für 605 Betriebe bestehen 77 Gesamtbetriebsräte. Diese Zahl ist überaus niedrig und es wäre zu wünschen, daß mehr als bisher die Einzelbetriebsräte aller oder mehrerer Betriebe einer Stadtverwaltung an ihrer Stelle zusammen einen gemeinsamen Betriebsrat wählen. Die Zentralisation der Betriebsräte hat den Vorteil, daß z. B. die einschneidenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, betreffend Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken, leichter überwunden werden, weil im Gesamtbetriebsrat neben den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerten auch die Kommunalverwaltungen und Anstalten vertreten sind.

Sehr hundertprozentig ist das Bild, das über die Geschäftsführung der Betriebsräte entwirft. Nur in 1379 Betrieben (43 v. H.) ist für den Betriebsrat ein Geschäftszimmer vom Arbeitgeber bereitgestellt worden. Offenbar haben die Arbeiter nicht in allen Fällen, in denen nach dem Betriebsrätegesetz der Arbeitgeber verpflichtet ist, bei einer Delegation von über 100 Köpfen Geschäftszimmer eingerichtet, ihr Recht geltend gemacht. In 600 Betrieben finden täglich Sprechstunden statt, in 1625 nur nach Bedarf und in 283 werden keine besonderen Sprechstunden abgehalten. Bei den letzteren handelt es sich um kleine Betriebe und in der Hauptsache um solche der Straßen- und Wasserbauverwaltung. In 420 Betrieben hält der Betriebsrat regelmäßig, in 2948 nur nach Bedarf Sitzungen ab. In 636 Betrieben läßt sich die Wechsels bei den Sitzungen regelmäßig, in 2449 nur bei besonderen Anlässen und auf besondere Einladung vertreten. Sehr erfreulich ist die Tatsache, daß in 2683 Betrieben der Betriebsratsvorsitzende selbst die Sitzungen leitet. Der unter befinden sich allerdings einige Fälle, in denen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Führung des Vorsitzes abwechseln. In 2626 Betrieben (50 Prozent) finden die Sitzungen während der Arbeitszeit statt.

Die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Förderung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes und der Verteilung von Rat nach § 66 des B. R. G. ist in 1608 (50 v. H.) Betrieben gewährleistet. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Gemeinden trotz ihrer großen Finanznot so wenig Wert darauf legen, den Rat ihrer Arbeiter zu hören. Mancher gute, aus der Praxis erwachsene Vorschlag mag infolgedessen zum Schaden der Gemeinden ungenutzt bleiben. Neben dem Rahmen des Gesetzes hinaus geht in 404 Betrieben die Mitwirkung der Betriebsräte. Sie sind in diesen Fällen in Deputationen, Verwaltungsausschüssen und Ausschüssen vertreten. Recht mangelhaft ist die Aufstufung der Arbeiter über Betriebsvorsorge (1899 Betriebe), über die Vertreterhaftung über die Wirtschaftlichkeit des Betriebes (247 Betriebe) und über die Verbindung der Betriebskassen (699 Betriebe). In 1755 Betrieben sind Richtlinien u. d. die Erstellung und in 2142 Betrieben solche über die Entlohnung der Arbeiter geschaffen worden. 1881 Betriebe haben im Einverständnis mit den Betriebsräten eine Arbeitsordnung erlassen, und obwohl ein Recht der Betriebsräte auf Teilnahme an den Anstellungsverfahren besteht, werden sie nur in 1482 Betrieben dazu herangezogen.

Diese Statistik zeigt, daß sich die Arbeiter in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben auf Grund des Betriebsrätegesetzes bereits eine achtunggebietende Stellung erkämpft haben. Wenn auch noch nicht alle im Gesetz verbürgten Rechte ganz ausgenutzt werden, so besteht doch die Hoffnung, daß angespornt durch die soeben bezeichneten Erfolge der Mehrzahl der Verleugungen, die aber nicht unterlassen, um sich nicht nur in ihrem, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit ihre gesetzlichen Rechte nicht schmälern zu lassen, sie vielmehr ganz ausnützen.

Die kommunistische Wache

Die Berliner Kommunisten haben bekanntlich in Ermangelung einer anderen Idee zur Bekämpfung der Teuerung einen Rumpfparlamentarismus eingeführt, der einen Reichsausschuß der Betriebsräte gründen soll. Dieser Reichsausschuß soll einen Reichsbetriebsratskongress einberufen und neben der Sanctionierung der üblichen kommunistischen Forderungen auch eine Pannhalle gegen den A. D. S. W. und die Sozialdemokraten eröffnen. Die Roten trafen im ganzen Lande feuernd sich nun wie Kinder, wenn sie mitteln können, doch schon irgendwo unter Ausschlag der Öffentlichkeit oder „mit Licht, Schamheit und illegalen Methoden“ ein Delegiertes zu dem sogenannten Reichsausschuß oder zum Reichsbetriebsratskongress gewählt worden ist. Von der begeisterten Zustimmung der Arbeiterklasse aus dem ganzen Reich reden die beherrschenden Kommunisten, trotzdem bisher nur aus vier Städten Zustimmungserklärungen vorliegen. Wie diese Zustimmungserklärungen übrigens zustande kommen, dafür ein Beispiel aus Halle, wo man auch einen Kontrollausschuß eingeführt hat und einen Scheinparlamentarismus für den Betriebsratskongress bestimmte. Die Verammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre in Halle bestand aus 400 Personen; unter ihnen ungefähr 80 Unionisten, die dort gar nichts zu suchen hatten. Trotzdem hinderte sie der kommunistische Vorherrscher nicht, an den Entscheidungen der Versammlung mitzuwirken während dem Vertreter des Gewerkschaftsrats, Wielepp, das Wort entzogen wurde. Wielepp verließ hierauf mit den Anhängern der beiden sozialdemokratischen Parteien den Saal. Das kommunistisch-unionistische Rumpfparlament nahm dann „im Namen des Proletariats von Halle“ die kommunistischen Forderungen an. So sieht die „begeisterte Zustimmung“ des Proletariats im ganzen Reich zu der neuesten „Action“ der Berliner Kommunisten aus.

Die Teuerungssaktion der Beamten

Im Vormärz lesen wir: Die schmerzinduzierte Telegraphen-Union leistet sich wieder einmal eine schmutzige Dege gegen die freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner. Wir würden sie übersehen, wenn nicht in jüngster Zeit die „All. Telegraphen- Nachrichten“ Vermittlung in einer besonders aufreizenden Art und Weise betriebe. Heute erinnert sie an die neue Teuerungssaktion der Beamten und weist darauf hin, daß die Verhandlungen zwischen den Vorständen der Epochenorganisationen und den Behörden noch nicht statifunden könnten, der Deutsche Eisenbahnerverband tags ja gerade in München. Der Deutsche Eisenbahnerverband, der bekanntlich den freien Gewerkschaften angehört, scheint es demnach mit den Verhandlungen gar nicht so eilig zu haben. Das ist wiederum ein Beweis dafür, daß den freien Gewerkschaften die Wirtschaftslage nicht so schlimm scheint. Unter diese Unverschämtheit wird dann noch eine Empfehlung der nicht freigewerkschaftlichen Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften angehängt. Aus den Zusammenhängen der von der A. L. bezeichneten Werbung ist zu schließen, daß der sogenannte Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften sehr gute Beziehungen zu ihr haben muß. Sonst wäre es doch unannehmlich, daß die schmerzinduzierte Deputationsagentur für ihn Reklams macht. Wir empfehlen den Beamten bei der Beurteilung jener Organisationen, sich das zu merken. Zur Sache selbst sei nur noch gesagt, daß die Verhandlungen von den Epochenorganisationen selbstverständlich so dringend wie irgend dringbar gemacht werden. Dazu ist die Not zu groß und außerdem haben die Epochen-

organisationen zu oft bewiesen, wie ernst sie es nehmen, als daß von ihnen überhaupt etwas anderes erwartet werden dürfte.

Berliner Korrespondenzmeldungen zufolge soll im Westen Deutschlands mit dem Ausbruch eines Eisenbahnerstreiks zu rechnen sein, den die Kommunisten gegen den Willen der gewerkschaftlichen Kommissionen der Eisenbahner führen. Die kommunistischen Agitatoren stellen die Forderung nach Gewährung einer einmaligen nicht rückzahlbaren Betriebsratsbeihilfe auf. Eine weiteren Meldung zufolge, soll die Arbeiterklasse im Rheinland bereits auf verschiedenen Bahnhöfen in den Aufstand getreten sein. Im Reichsverkehrsministerium hält man jedoch, wie die Blätter mitteilen, diese Meldung für abzutreiben. Man nimmt mit Bestimmtheit an, daß es den kommunistischen Hebern nicht gelingen wird, eine führende Rolle unter den Eisenbahnern zu spielen.

Neue Veröffentlichungen des Vaterverbandes

Der Verband der Maler, Radierer, Kupferstecher, Läufer und Weichbinder Deutschlands hat soeben im Verlage seines Vorsitzenden O. Steine, Hamburg 26, vier Broschüren herausgegeben, die ihm bei der Werbe- und Aufführungsarbeit und bei der Vertretung der Interessen seiner Mitglieder sehr dienlich sein werden. Da ist zunächst das Jahrbuch 1921, das auf 104 Seiten eine Fülle wertvollen Materials über die Entwicklung und das Wirken des Verbandes enthält. Ein zweites Schriftchen von 89 Seiten heißt Zur Lage der Maler und enthält das Ergebnis einer Statistik, die auf Grund einer Erhebung vom November 1921 bearbeitet wurde. Sie dient als Material für die dritte Landeskonferenz am 7. und 8. April 1922 in Hamburg, deren Niederschrift in der dritten 71 Seiten umfassenden Broschüre der Öffentlichkeit übergeben wurde. Einen Sonderdruck daraus stellt die letzte 22 Seiten umfassende Veröffentlichung dar, die den auf der Konferenz gehaltenen Vortrag von Clemens Köpfer über Die Rechte und Aufgaben der Betriebsräte enthält. Die Schriften verdienen über den Preis der Verbandsmitglieder hinaus die Beachtung der Gewerkschafter und Sozialpolitiker.

Für die Baubeamten das dreifache des Zulagebetrags für Monat September. Wie der Allgemeine Verband der Bauangestellten mitteilt, haben die Verhandlungen mit dem Reichsverband der Bauangestellten zu dem Ergebnis geführt, daß der dreifache Betrag des Zulagebetrags als vorläufiger Septemberbetrag zur Auszahlung gelangt.

Der Deutsche Textilarbeiterverband läßt soeben im eigenen Verlage, Berlin O 27, sein Jahrbuch 1921 erscheinen, das nach einem Ueberblick über die allgemeine Wirtschaftslage und über Textilindustrie einen Ueberblick über die Entwicklung des Verbandes, seine Kampflage, Mitgliederbewegung und Lohnbewegungen gewährt. Das 144 Seiten starke Buch bietet zur Schulung der Textilarbeiterklasse und zur Gewinnung neuer Verbandsmitglieder wertvolles Material.

Stallschweizerstreik in der Oberlausitz. In den Amtshauptmannschaften Bittau und Bautzen sind die im Landarbeiterverband organisierten Stallschweizer in den Streik getreten.

Die im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen für das Baugewerbe haben nach einer Mitteilung des Allgemeinen Verbandes der Bauangestellten folgendes ergeben: 1. Der Monat August gilt durch die beiden im August erfolgten Zahlungen als abgegolten. 2. Als vorläufiger aber verbindlicher Septemberbetrag gelangt der dreifache Betrag des Zulagebetrags sofort zur Auszahlung. 3. Die Ueberstunden für August werden um 80 v. H. erhöht.

Bereinigete Dresdner Arbeiterjugend

Die Schumann-Wanderei treffen sich Sonntag den 17. September, früh 8 Uhr, Hauptbahnhof, Ruppelstraße, nach Ritzdorf.

Gruppe Trachenberge. Sonntag den 17. September Befähigung der Ausstellung der Ausstellung Deutscher Arbeit im Stadthaus Ausstellungspalast. 7 1/2 Uhr treffen wir uns auf dem Guterplatz. Bei ungünstigem Wetter fällt die Nachmittagsveranstaltung aus.

Bezirk Dresden-West. Montag den 18. September, abends 7 Uhr, im Jugendheim Kötzau Bezirksausführung. Vorsitzende und Delegierte müssen unbedingt erscheinen.



Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsbeil.: Paul Wochmann; für Sachsen u. Gewerkschaftsbewegung: Paul Barthel; für Stadtchronik u. Aus der Umgebung: Franz Holzgappel, sämtlich in Dresden; für den S. Kreis und Ostkreis: Fritz Reichardt, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden u. Comp., Dresden.

Odol verdankt seinen Weltruf der einzigartigen Dauerwirkung. Während andere Mundwasser nur während der wenigen Sekunden des Mundspülens ihre Wirkung ausüben, saugt sich Odol beim Mundspülen in die Zähne und Mundschleimhäute ein und wirkt noch lange, nachdem man sich den Mund gespült hat, nach.

Durch diese spezifische Eigenschaft des Odol wird die Entwicklung der zahnstörenden Gärungsprozesse im Munde verhindert.